



## Forderung aus der ersten Konferenz sächsischer Bürgerinitiativen „Einmischen erwünscht“ vom 5. September 2009 in Dresden

Am 05. September 2009 trafen sich 60 Vertreter\_innen sächsischer Bürgerinitiativen für Demokratie gegen Rechtsextremismus, um über die Zukunft Ihrer Arbeit in Sachsen zu beraten.

Nach dem Wiedereinzug der NPD in den Sächsischen Landtag wurde die Tagung emotional und konstruktiv geführt. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee, Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder eröffnete die Tagung und bedankte sich bei den Teilnehmenden für deren engagierte und zumeist ehrenamtliche Arbeit für Demokratie gegen Rechtsextremismus. Die Tagung wurde darüber hinaus von wissenschaftlicher Seite durch Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal fachlich unterstützt.

### Folgende Ergebnisse wurden erzielt:

1. Es gibt eine in den vergangenen 20 Jahren gewachsene politisch engagierte Landschaft von mehr als 40 sächsischen Bürgerinitiativen, die sich dem Anliegen, Demokratie in ihren Gemeinden zu stärken, verpflichtet fühlen;
2. Ehrenamtliche Bürgerinitiativen brauchen vor allem in der Startphase Unterstützung und Begleitung durch Mobile Beratungsteams und lokale Partner, um die oftmals schwierigen Situationen (Stigmatisierung, weil sie Probleme benennen) erfolgreich zu meistern;
3. Der Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und Politik auf allen Ebenen des Freistaates muss ausgebaut werden, um in Sachsen, die Potentiale der Bürgerinitiativen in die demokratische Entwicklung stärker einzubringen;
4. Bürgerinitiativen wollen sich vor Ort verstärkt in die Integrationskonzepte einbringen und Migrant\_innen stärker in Ihre Arbeit einbeziehen;
5. **Neben einer sächsischen Austauschplattform ist die Weiterarbeit in Regionalkonferenzen geplant, die sich mit landkreisspezifischen Problemlagen zum Umgang mit Rechtsextremismus beschäftigen;**
6. Bürgerinitiativen verstehen sich als eine thematische Plattform unter dem sachsenweiten Netzwerk „Tolerantes Sachsen“;
7. Politiker\_innen auf Landes- und Lokalebene sollen über Grußworte hinaus sich intensiver mit den Forderungen der sächsischen Bürgerinitiativen beschäftigen.

An die Adresse der neuen Koalition aus CDU und FDP signalisierten die 60 Vertreter\_innen sächsischer Bürgerinitiativen Gesprächsbereitschaft und die Hoffnung auf Fortführung des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“. Ziel ist es gemeinsam mit sächsischer Politik in einer **Demokratieoffensive** die künftige Zusammenarbeit zwischen Politik, Staatsregierung und Zivilgesellschaft zu beraten. Kernpunkt der **Demokratieoffensive** ist ein klarer Standpunkt zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Sachsen.

### Kontakt:

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin im Kulturbüro Sachsen e.V., Mitglied im Sprecher\_innenkreis des Netzwerkes „Tolerantes Sachsen“  
Tel.: 0173-862 76 62, buero@kulturbuero-sachsen.de